



Helmut Welge

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger

Außenpolitik mit Augenmaß und Leidenschaft



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger

Helmut Welge



Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger

Außenpolitik mit Augenmaß und Leidenschaft



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtes ist unzulässig und strafbar.

© 2021 BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH,
Behaimstr. 25, 10585 Berlin,
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de, Internet: <http://www.bwv-verlag.de>

Layout und Herstellung durch den Verlag
Satz: DTP+TEXT Eva Burri, Stuttgart

Druck: docupoint, Magdeburg
Gedruckt auf holzfreiem, chlor- und säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.
Printed in Germany.

ISBN Print 978-3-8305-5127-0
ISBN E-Book 978-3-8305-4354-1

Vorwort

Nach dem Rheinländer Konrad Adenauer und dem Franken Ludwig Erhard wurde der Schwabe Kurt Georg Kiesinger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Wie seine beiden Amtsvorgänger, so entstammte auch er einer kleinbürgerlichen Familie. Kiesinger, Jahrgang 1904, verbrachte die ersten Lebensjahre in seiner Geburtsstadt Ebingen, dem heutigen Albstadt (Baden-Württemberg). Nach Erlangung der Mittleren Reife entschloss er sich, das Lehrerseminar in Rottweil zu besuchen, welches er im Jahre 1925 erfolgreich abschloss. Eine Ergänzungsprüfung berechtigte ihn sodann zum Philosophie-Studium an der Universität Tübingen.

Auf Dauer vermochte ihn die Stadt am Neckar nicht zu halten. Sein Ziel war die große Metropole Berlin, um das Jura-Studium an der renommierten Friedrich-Wilhelms-Universität aufzunehmen.

Sowohl das Referendar – als auch das Assessor – Examen bestand er jeweils mit der Note „sehr gut“. Die Übernahme in den Staatsdienst strebte er dennoch nicht an. Er bevorzugte die freiberufliche Tätigkeit als Rechtsanwalt und juristischer Repetitor in Berlin. Nach dem nationalsozialistischen Machtwechsel am 30. Januar 1933 trat er schon im folgenden Monat freiwillig in die NSDAP ein – ohne sich politisch zu engagieren.

Sein Lebensalltag änderte sich nach Ausbruch des II. Weltkrieges schlagartig, als er Anfang April 1940 die Einberufung zur Musterung für den Kriegsdienst und kurz darauf den Gestellungsbefehl zum Dienst in der Wehrmacht erhielt – den er jedoch nicht antreten musste. Von einer gemeinsamen Bekannten war der stellvertretende Leiter einer dem Auswärtigen Amt angegliederten Dienststelle auf Kiesinger aufmerksam geworden. Dieser bot ihm eine Stelle in seiner Abteilung an, welcher die Aufgabe oblag, die Auslandsrundfunksendungen der dem Reichspropagandaministerium unterstellten Reichsrundfunkgesellschaft zu beobachten und im Sinne des Auswärtigen Amtes zu beeinflussen. Kiesinger entschied sich für das Auswärtige Amt – und nicht für den Kriegsdienst in der Wehrmacht. „Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ lautete seine Dienstbezeichnung. Zusammen mit drei anderen „Zensoren“ gehörte es zu seinen Hauptaufgaben, in der Reichsrundfunkgesellschaft die Manuskripte ausländischer Deutschland-Korrespondenten an ihre Heimatstaaten durchzusehen und für das Auswärtige Amt zu begutachten. Ab September 1943 folgte er dem stellvertretenden Leiter der Rundfunk-Politischen Abteilung auf dessen Posten, als dieser sich zur Front gemeldet hatte. Das Kriegsende erlebte Kiesinger in Landshut/Bayern, wohin seine Dienststelle Anfang 1945 „ausgelagert“ worden war.

Die Amerikaner verhafteten ihn im April 1945 in Benediktbeuren (nahe Bad Tölz, Bayern) und internierten ihn bis September 1946. Im daran anschließenden „Entnazifizierungsverfahren“ wurde er im August 1948 zunächst als „Mitläufer“ des Nazi-Regimes, auf seine Revision hin als „Unbelasteter“ eingestuft. Dadurch war es ihm wieder möglich, juristische Kurse abzuhalten; später auch politisch tätig zu werden.

Hierbei halfen ihm persönliche Verbindungen zu seinem Bundesbruder der Tübinger Burschenschaft Alamannia, Gebhard Müller, seit 1947 Landesvorsitzender der neu gegründeten südwestdeutschen CDU. Dieser bot ihm das Amt des Landesgeschäftsführers an. Kiesinger, der zuvor Mitglied der CDU geworden war, willigte ein und trat im Herbst 1948 die Stelle an. Schon kurze Zeit später bat man ihn, für die anstehende erste Bundestagswahl im Jahre 1949 zu kandidieren. Auf Anhieb gewann er den Wahlkreis Ravensburg mit 75,2 % der Stimmen und zog für die CDU als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag ein. Recht schnell wurde Kiesinger einer der außenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Vorsitzender des Vermittlungsausschusses und ab 1954 zudem Vorsitzender des außerordentlich wichtigen Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag. In seiner Partei gehörte er dem geschäftsführenden Vorstand an, und in der Beratenden Versammlung des Europarats bekleidete er als Berichterstatter, Vizepräsident und Vorsitzender der christlich-demokratischen Gesamtfraktion wichtige Funktionen.

Ende 1958 schien sein bundespolitisches Engagement beendet. Im Dezember hatte er sich für die Landespolitik entschieden – er nahm die Wahl des baden-württembergischen Landtages zum Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes an. Nahezu acht Jahre war er ein erfolgreicher „Landesvater“. Es wären sicherlich noch weitere hinzugekommen, wenn nicht die CDU nach dem plötzlichen Rücktritt von Bundeskanzler Ludwig Erhard im November 1966 in Kurt Georg Kiesinger den geeigneten Nachfolger gesehen hätte.

Inhaltsverzeichnis

Einführung	11
I. Kapitel	
Das Regierungsprogramm	19
II. Kapitel	
Neuordnung der Beziehungen	23
1. Standortbestimmung	23
2. Wiederannäherungen an Frankreich	25
3. Erstes Regierungstreffen Kiesinger/de Gaulle	28
4. Deutsch-Amerikanische Sondierungen	33
4.1 Vorgeschichte	33
4.2 Amerikanisches Misstrauen – Deutsche Beschwichtigungen	35
III. Kapitel	
Die Neue Deutsche Ostpolitik	43
1. Bestandsaufnahme	43
2. Kiesinger – Bremser oder Förderer?	48
3. Hoffnungsträger Rumänien	51
4. Die Tschechoslowakei – ein schwierige Nachbar	55
4.1 Entwicklung ab 1945	55
4.2 Verbesserung von Nichtbeziehungen?	56
4.3 Deutsche Euphorie	62
4.4 Wandel durch Handel	65
5. Polen, Ungarn, Bulgarien – die Unentschlossenen	67
5.1 Polnische Signale	67
5.2 Ungarn im Wartestand	70
5.3 Bulgarien – der ängstliche Vasall	73
6. Sonderfall Jugoslawen	77
7. Deutsch-Deutsche Annäherungsversuche	82
8. UdSSR auf Konfrontationskurs	92
Bilanz der neuen Ostpolitik	100

IV. Kapitel

Die Bundesrepublik und der Westen 103

- 1. Missstimmungen und Missvergnügen im deutsch-amerikanischen Verhältnis 103
 - 1.1 Truppenabzug und Devisenausgleich – amerikanisch/britische Pressionen 105
- 2. Non-Proliferations-Vertrag – zwischen Skepsis und Zustimmung 109
- 3. Kiesinger und Johnson – Beginn einer Freundschaft 116
- 4. Ende des „Prager Frühlings“, Machtdemonstration der DDR – Lackmустest des Westens 120
- 5. Richard Nixon – Amerikas neuer Präsident 122
- 6. Neuausrichtung amerikanischer Weltpolitik 126
- 7. Großbritannien und die Bundesrepublik 131
 - 7.1 Das Ringen um die britische EWG-Mitgliedschaft 131
 - 7.2 Das Vereinigte Königreich – Verteidiger deutscher Interessen 140

V. Kapitel

Europäische Gemeinschaft 147

- 1. Standortbestimmung 147
- 2. Ideen zur Integration 147
- 3. Fusion der drei Gemeinschaften – ein neuer Kommissionspräsident 149
- 4. Überwindung des Stillstandes 150
- 5. Deutsche Impulse – Amerikas Querschüsse 156
- 6. Staatspräsident Pompidou – der unbekannte Franzose 159

VI. Kapitel

Krisengebiete Naher Osten/Nordafrika/Arabische Halbinsel 163

- 1. Bundesrepublik und Israel 163
 - 1.1 Abschluss der Reparationsphase 163
 - 1.2 Normalität unter erschwerten Bedingungen 166
- 2. Fortschritte und Status quo im arabischen Raum 173
 - 2.1 Abbruch der deutsch/arabischen Beziehungen 173
 - 2.2 Gesprächspartner Arabische Liga 175
 - 2.3 Ägyptisch/Syrisches Störfеuer 179

2.4	Vorreiter Jordanien	181
2.5	Irrlichter der Sudan	183
2.6	Stimmungswandel des Libanon	187
2.7	Irak im Revolutionsfieber	189
2.8	Westschwenk des Jemen	191
2.9	Hoffnungsschimmer Saudi-Arabien	194
2.10	Syriens sozialistische Kehrtwende	196
3.	Die Ägyptische Sphinx	200
3.1	Vorgeschichte	200
3.2	Bruch mit der Bundesrepublik	201
3.3	Trügerische Signale	203
3.4	Ahnungslose Bundesregierung	205
4.	Algerien – Land im Aufbruch	207
4.1	„Islamischer“ Sozialismus	207
4.2	Algerische Sirenenklänge	207
4.3	Anerkennung der Realitäten	209
4.4	„Schlüsselland“ am Mittelmeer	212

VII. Kapitel

Südostasien zwischen Ost und West	215
1. Indien – Der „Blockfreie“ Subkontinent	215
1.1 Stand der Beziehungen	215
1.2 Kiesinger in Neu Delhi	216
1.3 Brüche und Kontinuitäten	218
2. Pakistan und der Westen	220
2.1 Fragile Unabhängigkeit	220
2.2 Besuchsdiplomatie	222
2.3 Pakistanische Versuchungen	224
3. Birma – Staat zwischen den Blöcken	227
3.1 Staatsziel Freiheit	227
3.2 Bundeskanzler Kiesinger – der wissbegierige Staatsgast	227
4. Ceylon – Zwischen Sozialismus und Kapitalismus	231
4.1 Staatswerdung und Deutschlandpolitik	231
4.2 Deutsch – Ceylonische Zusammenarbeit	232

VIII. Kapitel

Japan – die asiatische Macht 235

1. Modernes Japan 235

2. Deutsch-japanische Konsultationen 236

3. Staatsbesuch des Bundeskanzlers..... 238

Zusammenfassung 245

Literaturverzeichnis 249

Quellen 249

Literatur..... 250

Bildnachweis..... 253

Einführung

Kurt Georg Kiesinger war der dritte Bundeskanzler, den die Christlich Demokratische Union (CDU) in ununterbrochener Reihenfolge seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland stellte – und der erste Kanzler, der von einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD gewählt wurde. Seine Wahl zum Regierungschef am 1. Dezember 1966 entsprang nicht einem langfristig geplanten Wechsel an der Spitze der Bundesregierung, sondern dem Willen der CDU, die „lange schwelende Krise“¹ der Christdemokraten seit der Bundestagswahl 1961 mit einem neuen, in der Bonner Politik „unverbrauchten“ Mann an der Spitze zu beenden.

Sichtbares Zeichen des Niederganges der Regierungspartei waren nicht etwa Stimmenverluste bei der Bundestagswahl 1965, bei der die Schwesterparteien CDU/CSU deutschlandweit beachtliche 47,5 % der Wählerstimmen erringen konnten, sondern die zunehmend unbewältigten, vor allem verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Probleme im Inneren sowie in der stagnierenden Außen- und Deutschlandpolitik. Ihren Kulminationspunkt erreichte die krisenhafte Entwicklung mit dem Rücktritt der FDP-Minister im Kabinett von Bundeskanzler Ludwig Erhard Ende Oktober 1966 – vordergründig, weil sie mit der CDU/CSU keine Einigung über den Haushaltsausgleich des Jahres 1967 erzielen konnten. Der tiefere Grund lag in der Erkenntnis, dass sich die FDP nach 13 Regierungsjahren ab 1949 (mit Unterbrechung von 1957 bis 1961) an der Seite der CDU/CSU im Abwärtstrend befand – und sich die Koalitionspartner nicht mehr ausstehen konnten. Der Stimmenanteil von nur 9,7 % bei der Bundestagswahl 1965 erschien zudem als Warnzeichen, das die Führung der FDP in Unruhe versetzte. Auch divergierende, unüberbrückbare Vorstellungen der Koalitionspartner über neue Wege in der Außen- und Deutschlandpolitik verstärkten die Bereitschaft zum Koalitionsbruch – obwohl erst ein Jahr zuvor nach Erhards glänzendem Wahlsieg das Regierungsbündnis mit der CDU/CSU erneut besiegelt worden war.

Der FDP allein die Regierungskrise anzulasten, entspräche nicht dem tatsächlichen Geschehensablauf. Gerade, und vor allem, trugen maßgebliche Politiker der Christlich Demokratischen Union ihren Teil zum Scheitern des Kabinetts Erhard bei. Den „Gaulisten“ unter ihnen missfiel seit langem Erhards außenpolitisch enge Anlehnung an die USA unter Präsident Johnson, der nach ihrer Meinung eine Vernachlässigung der von Konrad Adenauer aufgebauten deutsch-französischen Freundschaft einherging. Innenpolitisch lastete man dem Bundeskanzler die schwächelnde Konjunktur, verbunden mit

1 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1967, Das Kabinett Kiesinger, Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966.

Einführung

einem Wirtschaftsabschwung, dadurch bedingte rückläufige Steuereinnahmen und einen bisher nicht gekannten Anstieg der Arbeitslosigkeit an.

Manche, wie Adenauer, der nach seinem Rücktritt 1963 (vergeblich) Erhard zu verhindern suchte, so hatte auch dessen Intimus, Bundesminister Heinrich Krone, schon vor der Wahl Ludwig Erhards zum Bundeskanzler nicht an dessen Fähigkeiten geglaubt. Seinem Tagebuch vertraute er an, „er ist nicht der Kanzler, den wir brauchen“.

Es war deshalb vorauszusehen, dass Krone 1966 zu den Vorkämpfern einer Großen Koalition, ohne Bundeskanzler Erhard, aus CDU/CSU und SPD gehörte.² Aber auch andere CDU – Granden machten im Herbst 1966 Front gegen ihn. Allen voran sprach sich Altbundeskanzler Konrad Adenauer am 11. September 1966 in der „Bild-Post“ dafür aus, die CDU zu reformieren und den Kanzler zu wechseln. Wenig später, am 16. September, legte der ehemalige Bundesverteidigungsminister Theodor Blank im CDU-Präsidium nach, als die problematische Innen- und Außenpolitische Situation der Bundesrepublik diskutiert wurde: „das Problem heißt Ludwig Erhard“³.

Dieser zeigte sich vorerst unbeeindruckt. Aber seine innerparteilichen Gegner ließen nicht locker. Nach der parlamentarischen Sommerpause 1966 forcierten sie ihre Bemühungen zum Kanzlerwechsel, angetrieben durch das Debakel der CDU bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1966 in Nordrhein-Westfalen, bei der sie als Regierungspartei von fast 47 % auf 42,7 % deutlich zurückfiel und von der oppositionellen SPD mit mehr als 49 % der Wählerstimmen deutlich übertroffen wurde. Nach diesem Schock verstärkten insbesondere die Befürworter einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD ihre Pläne, den in Passivität verharrenden Bundeskanzler Erhard möglichst rasch abzulösen.⁴

Zu diesen gehörte auch das einflussreiche Mitglied der Bundesregierung, Bundesinnenminister Lücke, welcher in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, als diese die „ganz, ganz ernste Lage für die Union“ diskutierte, indirekt für die Ablösung des Bundeskanzlers plädierte.⁵ Er wusste sich hierbei einig mit dem der CDU angehörenden Bundespräsident Heinrich Lübke, den CSU-Spitzenpolitikern Franz Josef Strauß und

2 Rudolf Morsey, Die Große Koalition – Vorgeschichte und Nachwirkungen – in: Günter Buchstab/Philipp Grassert/Peter Thaddäus Lang (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988, Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg, 2005, S. 394.

3 Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966, Düsseldorf 1992, S. 346.

4 Rudolf Morsey, in: Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle, Klaus Tenfelde (Hrsg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, Festschrift für Gerhard Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 468.

5 Horst Osterheld, ebd. S. 347.



Abb. 1: V. li. n. re.: Bundeskanzler Kiesinger, CDU-Vorsitzender Ludwig Erhard, Franz-Josef Duffhues, CDU-Vorsitzender von Nordrhein-Westfalen.

dem Freiherrn von und zu Guttenberg, sowie – den demokratischen Machtwechsel anstrebend – dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Herbert Wehner. Dieser führte infolge einer schweren Erkrankung von Fritz Erler auch die Bundestagsfraktion der SPD.

Seit dem Godesberger SPD-Parteiprogramm von 1959, in dem Marktwirtschaft und Westbindung der Bundesrepublik akzeptiert wurden, arbeitete Wehner kontinuierlich auf eine Regierungsbeteiligung hin, um seine Partei aus ihrer langjährigen Oppositionsrolle heraus zu führen. Nachdem es ihm nicht gelungen war, im Gefolge der „Spiegel-Affäre“ Anfang Dezember 1962, im Wesentlichen unterstützt vom damaligen CDU-Bundeswohnungsbauminister Lücke und zu Guttenberg, eine Große Koalition zu bilden, glaubte er im Herbst 1966, dass nun die Zeit für einen grundlegenden Macht- und Politikwechsel in der Bundesrepublik reif sei. Selbstbewusst erklärte er am 2. November 1966 bei der Erläuterung des Acht Punkte Programms⁶ seiner Partei für

6 Heribert Knorr, *Der politische Entscheidungsprozess während der Großen Koalition 1966–1969*, Bonn 1994, S. 278.

Einführung

Koalitionsverhandlungen: „Wir wollen regieren und wir werden auch eines Tages regieren.“ Aufhorchen ließ in dem Programm die Rangfolge der sozialdemokratischen Forderungen, welche von Punkt 1 bis Punkt 4 ausnahmslos die Außen- und Deutschlandpolitik in den Blick genommen hatte; erst die folgenden Punkte 5 bis 8 galten der Innenpolitik. Offensichtlich sahen die Sozialdemokraten außenpolitisch die Bundesrepublik nach Westen hin in einer sicherheitspolitischen Isolation, gegenüber dem Osten in einer starren, ideenlosen Sackgasse gefangen.

Deshalb forderte die SPD von einer neuen Bundesregierung (an der sie selbstverständlich beteiligt sein wollte):

- das Verhältnis zu Washington und Paris wieder in Ordnung zu bringen
- den Ehrgeiz auf atomare Mitbestimmung aufzugeben
- aktiv für die Normalisierung „unseres Volkes“ zu den östlichen Nachbarvölkern und die Versöhnung einzutreten und
- Klarheit über den inneren Handlungsspielraum gegenüber den Ostberliner Machthabern zu schaffen und diesen auszufüllen.⁷

Ob und wann der Zeitpunkt ihrer Umsetzung in praktische Regierungspolitik eintreten würde, konnte Wehner bei Bekanntgabe der acht Punkte nicht wissen – allenfalls ahnte er, durch Informanten aus der CDU/CSU ins Bild gesetzt – dass der Kanzlerwechsel nicht mehr ausgeschlossen wurde. Schneller als von den Akteuren vorausgesehen, begann die „Kanzlerdämmerung“. Unabhängig von der acht Punkte Erklärung Wehners leitete Ludwig Erhard vor dem Bundestag seinen Rückzug mit der Formel ein, eine neue Mehrheitsbildung werde an seiner Person nicht scheitern, obwohl am 8. November 1966 das von SPD und FDP eingebrachte und von Wehner begründete Misstrauensvotum gegen ihn mit 256 zu 246 Stimmen zurückgewiesen wurde. Offenbar ließen sich CDU und CSU von der SPD das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand nehmen. Sie hielten (noch) an ihrem Bundeskanzler Ludwig Erhard fest. Äußerlich deutete nichts auf eine Veränderung an der Spitze der Bundesregierung hin. Im Machtzirkel der CDU ging die Debatte um die Erhard-Nachfolge jedoch weiter.

Es war schließlich der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU, Helmut Kohl, welcher noch am Tage des zurückgewiesenen Misstrauensvotums der quälenden Diskussion im Bundesvorstand seiner Partei „endlich resolut“⁸ ein Ende bereitete, als er die seit längerem kursierenden Namen möglicher Nachfolger nannte: CDU-Fraktionschef Barzel, Bundestagspräsident Gerstenmaier (der seine Kandidatur zurückzog) Außen-

7 Archiv für christliche Politik der Konrad – Adenauer – Stiftung, Pressearchiv ALT 2/21/1/16/1.

8 Klaus Hildebrand, *Kanzlerschaft und Macht einer Botschaft*, Bonn, 1984, S. 230.

minister Schröder und – Kurt Georg Kiesinger. Zwei Tage später, am 10. November 1966, wurde im dritten Wahlgang der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger von der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag zum Kanzlerkandidaten gewählt.

Bei den folgenden Koalitionsgesprächen der drei im Bundestag vertretenen Parteien lehnte der SPD-Parteivorstand den Abschluss eines Bündnisses mit der FDP ab, obwohl diese hierzu bereit war. Die für die Kanzlerwahl erforderliche absolute Mehrheit von 249 Stimmen wäre mit 252 Stimmen nur knapp übertroffen worden. Weil bei dem kleineren Koalitionspartner FDP nicht alle Stimmen als sicher galten, erschien das Risiko eines Scheiterns bei der Wahl als zu groß. Lieber wollte die SPD als kleinerer Partner auf den Kanzlerposten verzichten und dafür in anderer Konstellation durch bedeutende Ministerposten ihre Regierungsfähigkeit beweisen. Den Weg hierzu ebneten die zwischen CDU/CSU und FDP vor allem in Bezug auf Steuererhöhungen ergebnislos gebliebenen Sondierungen.

So, als hätte er nur darauf gewartet, bot der designierte Bundeskanzler Kiesinger unverzüglich nach deren Scheitern der SPD Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition an. Nach innerparteilichen, ausgiebigen Debatten war die Partei überzeugt, dass in einer wirtschafts-, sozial- und innenpolitisch schwierigen Phase die Bündelung der parlamentarischen Kräfte beider großer Bundestagsparteien das Gebot der Stunde sei – bei der man keine Zeit verlieren dürfe. Schon am 15. November 1966 begann die erste Gesprächsrunde zwischen den Unionsparteien und der SPD, bei der diese ihren Acht-Punkte-Plan in erweiterter und präzisierter Fassung vorlegte.

Ohne Umschweife erklärte Kiesinger bereits zu diesem Zeitpunkt, er habe in diesem Katalog „keine unüberwindlichen Probleme“ entdeckt. In der Außen- und Deutschlandpolitik stimmte er den Vorstellungen der Sozialdemokraten weitgehend zu, trat für eine „Politik der offenen Tür“ innerhalb der EWG ein, distanzierte sich von jeder einseitigen Festlegung auf eine gaullistische oder atlantische Option in der Bündnispolitik und versicherte, für eine diplomatische Normalisierung des Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten einzutreten, „ohne dass es einen Dammbbruch gibt“⁹.

Hinter dieser verklausulierten Formulierung schien sich der Dissens zwischen den Unionsparteien und der SPD über die Fortgeltung und Anwendung der Hallstein-Doktrin zu verbergen, der in den Augen Kiesingers aber für überwindbar gehalten wurde. Schon 1965 hatte er als Ministerpräsident von Baden-Württemberg öffentlich bei einer Aus-

9 Klaus Schönhoven, *Wendejahre, Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969*, in: Dieter Dowe (Hrsg.): *Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945*, Band 2, Bonn 2004, S. 66.

landsreise in Rio de Janeiro hierzu erklärt: „Eine Doktrin ist kein Dogma, ihr praktischer Wert muss immer wieder an der sich wandelnden Wirklichkeit gemessen werden“¹⁰.

Damit setzte er ein Zeichen seiner außenpolitischen Anpassungsfähigkeit, nachdem er bereits in den 1950er Jahren zur Lösung der deutschen Frage eine *gemeinsame* Außenpolitik mit der SPD vorgeschlagen hatte, aber bei Kanzler Adenauer und der CDU-Bundestagsfraktion auf wenig Gegenliebe gestoßen war.

Hiervon abgesehen hielt er von 1949, dem Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit im Bundestag bis zum Ausscheiden und dem Amtsantritt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg 1958, an der außenpolitischen Linie bedingungsloser Westbindung fest, bei der er sich „als Adenauers getreuer Schüler immer wieder entpuppte“¹¹, und als sachkundiger und beredter Sprecher der CDU in außenpolitischen Debatten einen Namen machte.¹²

In jenen Bonner Jahren erwarb er sich das Vertrauen der CDU/CSU in so hohem Maße, dass ihn die Bundestagsfraktion zum Vorsitzenden ihres Arbeitskreises für auswärtige, verteidigungs- und gesamtdeutsche Fragen wählte und zum Vorsitzenden des Auswärtigen und des Vermittlungsausschusses im Bundestag bestellte. Auch setzte er sich in der entscheidenden Abstimmung gegenüber seinen Mitbewerbern um die Kanzlerkandidatur durch, weil ihn nach Überzeugung der CDU-Bundestagsfraktion nicht nur seine Leistungen als Regierungschef des Landes Baden-Württemberg, sondern auch seine außenpolitischen Kompetenz für die Aufgaben des Kanzlers qualifizierten.¹³ Die Zustimmung der CDU/CSU Fraktion allein reichte jedoch nicht für die zur Kanzlerwahl erforderliche absolute Mehrheit der Mitglieder des Bundestages. Dazu bedurfte es auch der Stimmen des künftigen Koalitionspartners SPD.

In der am 1. Dezember 1966 erfolgten Wahl stimmten von den 496 Parlamentariern 340 für Kiesinger. Das notwendige Quorum von 249 Stimmen war damit weit übertroffen. Angesichts der Tatsache, dass 447 Mandate auf die Große Koalition und nur 49 auf die oppositionelle FDP entfielen, wurde offenkundig, dass ein erheblicher Teil der Abgeordneten aus den beiden Lagern, welche die Regierung trugen, Kiesinger nicht gewählt hatte.¹⁴ Das lag zum Teil am Ressentiment, einen Kanzler mit nationalsozialisti-

10 Oliver Bange, Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik 1966–1969, in: Günter Buchstab/Philipp Grassert/Peter Thaddäus Lang (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988, Von Ebingen ins Kanzleramt Freiburg 2005, S. 457.

11 Philipp Grassert, in: Günter Buschstab u. a. (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg, 2005, S. 286.

12 Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen II, München 2000, S. 239.

13 Otto Rundel, Kurt Georg Kiesinger, Sein Leben und sein politisches Wirken, Stuttgart, 2006, S. 55.

14 Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1961–1969, Wiesbaden, 1984, S. 2549.

scher Vergangenheit zu wählen, vor allem aber an Vorbehalten gegenüber einer Großen Koalition, die besonders in der SPD verbreitet waren.

Nach Ablegung seines Amtseides vor dem Bundestag verlas der Bundestagspräsident die Namen der vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Kanzlers benannten 19 Minister, zehn von der CDU/CSU, neun von der SPD – und vereidigte sie. Außenminister und Vizekanzler wurde der Regierende Bürgermeister von (West-) Berlin, Willy Brandt (SPD). Weitere kompetente und hochkarätige Politiker wie der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß als Finanzminister, Gerhard Schröder (CDU), Minister für Verteidigung, Karl Schiller (SPD), zuständig für das Ressort Wirtschaft, Herbert Wehner (SPD) Minister für gesamtdeutsche Fragen und der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann (SPD) als Justizminister komplettierten das Bundeskabinett. – Zudem konnte sich die neue Regierung auf eine breite Mehrheit im Parlament stützen, an deren Spitze mit Rainer Barzel (CDU) und Helmut Schmidt (SPD) jeweils zwei erfahrene, selbstbewusste Politiker den Fraktionsvorsitz innehatten.

Für eine erfolgreiche Regierungsarbeit schienen beste Voraussetzungen gegeben, was sich – aus der Retrospektive – für den Bereich der Innenpolitik feststellen lässt. So zählt die Regierung der Großen Koalition (unter Kurt Georg Kiesinger) unzweifelhaft, zumindest was die inneren Reformen angeht, zu den erfolgreichsten in der Geschichte der Bundesrepublik.¹⁵ Wirtschaftsaufschwung, Vollbeschäftigung, Neujustierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie die Verabschiedung der Notstandsgesetze sind Leuchttürme gemeinsamer Arbeit von Bundestag und Bundesregierung in der fast dreijährigen Kanzlerschaft Kiesingers.

Ob und inwieweit die Außenpolitik der Jahre von 1966 bis 1969 mit dem gleichen Verdikt belegt werden kann, ist zu bezweifeln. Zum einen war die Regierungszeit für grundlegende Weichenstellungen in der auf eine kontinuierliche, langfristige Entwicklung angelegten außenpolitischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten sehr knapp. Zum anderen bestand die Große Koalition von CDU/CSU und SPD aus zwei gleich starken Regierungspartnern – mit einem leichten Übergewicht zugunsten des Bundeskanzlers kraft seiner verfassungsmäßigen Richtlinienkompetenz. In der Verfassungswirklichkeit musste hingegen die Richtlinienkompetenz anders verstanden und praktiziert werden. Der Kanzler war mehr *primus inter pares* als in den vormaligen Kleinen Koalitionen unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard.

Dessen war sich der parlamentarisch erfahrene Kiesinger durchaus bewusst. Hatte doch SPD-Fraktionschef Helmut Schmidt vor den Abgeordneten seiner Fraktion

15 Philipp Grassert, in: Mareike König/Matthias Schulz (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000, Stuttgart 2004, S. 46.

Einführung

selbstbewusst erklärt: „Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers sollte man in einer Großen Koalition nicht überschätzen. Es gibt keine Richtlinien gegen Brandt und Wehner“.¹⁶ Aber auch seiner eigenen Partei, insbesondere den konservativen Parteimitgliedern, konnte der Bundeskanzler in der Außen- und Deutschlandpolitik nicht umwälzend Neues zumuten, ohne sie gegen sich aufzubringen.

Nicht nur die innenpolitischen Rücksichtnahmen setzten seinen außenpolitischen Aktivitäten Grenzen, sondern auch die Entspannungsbemühungen zwischen den beiden Supermächten mit einhergehender Bedeutungszunahme der „Blockfreien“ Staaten erforderten die sorgfältige und sensible Berücksichtigung der im Wandel befindlichen Weltpolitik, ohne dabei die Sicherheit und das ersehnte Ziel der Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands aus den Augen zu verlieren.

Erwartet wurden jedoch von beiden Koalitionsparteien – wie auch von der deutschen Öffentlichkeit – eine Verbesserung des Verhältnisses zu den westlichen Partnern, neue Politikansätze in Richtung Süd- und Osteuropa sowie in der Deutschen Frage – nicht zuletzt, die Wiederherstellung des weltweiten bundesrepublikanischen Ansehens in den „neutralen“, nicht Block gebundenen Staaten.

Gegenstand dieser Untersuchung ist daher die Frage, ob der Bundeskanzler in seiner relativ kurzen Regierungszeit von knapp drei Jahren diesen Ansprüchen gerecht zu werden vermochte. Dabei bilden die Akten des Auswärtigen Amtes eine breite Grundlage. Selbstverständlich wird die im Laufe der Jahre erschienene Literatur nebst den Protokollen des CDU-Bundesvorstandes mit herangezogen. Memoiren hat Kiesinger nicht hinterlassen; jedoch geben Reden, Schriften und Interviews des Bundeskanzlers weiteren Aufschluss.

16 Klaus Hildebrand, ebd., S. 269. Daniela Taschler, Vor neuen Herausforderungen, Düsseldorf 2001, S. 72.

I. Kapitel

Das Regierungsprogramm

Kiesingers Wahl zum Bundeskanzler fand am 1. Dezember 1966 durch den Bundestag statt. Die Regierungserklärung gab er am 13. Dezember 1966 ab. Im Gegensatz zum Amtsvorgänger Ludwig Erhard, der diese bereits zwei Tage nach der Ernennung zum Bundeskanzler vortrug¹⁷, nahm sich Kiesinger hierfür fast zwei Wochen Zeit. Das lag nicht an geeigneten Themen, sondern an seinem Bemühen, den Sachverstand der Ministerien und aller Minister des Kabinetts durch die Abgabe von Vorschlägen in das Programm aufzunehmen und die politischen Absprachen der beiden Regierungsparteien verbindlich zusammen zu fassen.

Die wesentlich von Kiesinger formulierte Regierungserklärung – auf einen Koalitionsvertrag hatten CDU/CSU und SPD verzichtet – behandelte und billigte das Kabinett sodann am 12. Dezember 1966, nachdem er zuvor den Text der versammelten Ministerrunde vorgelesen hatte.¹⁸

Zwei Drittel der Erklärung befassten sich mit der deutschen Innenpolitik. Ein Drittel galt der Außenpolitik. Anders als bei seinem Vorgänger Ludwig Erhard, der in seiner Regierungserklärung 1963 an *erster* Stelle die außenpolitischen Beziehungen beleuchtete, standen diese am Schluss.

Zu überwältigend und schnellstmöglich einer Lösung zuzuführen waren die innenpolitischen Probleme, welche in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sofort in Angriff genommen und nur durch das Zusammenwirken von Regierung und Parlament überwunden werden konnten.

Der auf längere Zeiträume angelegten Außenpolitik mit ihren komplizierten internationalen Beziehungsgeflechten kam gleichwohl der ihr gebührende Rang zu. Erstmals legte ein Bundeskanzler sehr präzise auf den verschiedenen außen- und deutschlandpolitischen Handlungsfeldern Zeugnis über die Standpunkte, Vorstellungen und Ziele seiner Regierung ab.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern brach Kiesinger mit der Tradition, zu Beginn des außenpolitischen Teils ein Bekenntnis zu den westlichen Verbündeten und der NATO abzulegen. Er setzte hingegen mit dem Appell für Frieden, Völkerverständigung und

17 Helmut Welge, Bundeskanzler Ludwig Erhard – Außenpolitiker im weltpolitischen Wandel -, Berlin 2018, S. 1.

18 Dirk Kroegel, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 69.

I. Kapitel Das Regierungsprogramm

Entspannung einen neuen Akzent, der die weiteren Ausführungen überwölbte, geschickte den internationalen Entspannungsbemühungen Rechnung trug sowie die Entschlossenheit der Bundesrepublik zu Verständigung bei gegenseitigem Vertrauen in der Zusammenarbeit mit allen Völkern zum Ausdruck brachte – wobei sich sein Blick speziell nach Osteuropa richtete. An die Sowjetunion gewandt, schlug er einen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen unter Einbeziehung des ungelösten Problems der deutschen Wiedervereinigung vor. Wie Adenauer und Erhard sah er realistisch den Schlüssel zur „Deutschen Frage“ in Moskau und erinnerte daran, dass Deutschland jahrhundertlang die Brücke zwischen West- und Osteuropa gewesen war. Dieser Aufgabe wollte sich Deutschland wieder stellen. Infolgedessen müssten sich mit allen östlichen Nachbarvölkern die wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Beziehungen verbessern, bis hin zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, verkündete Kiesinger.

Besondere Beachtung schenkte er Polen und der Tschechoslowakei. In weiten Schichten des deutschen Volkes, erklärte der Bundeskanzler, bestehe der lebhafteste Wunsch auf Aussöhnung und Verständigung, um in friedlicher und vertrauensvoller Nachbarschaft miteinander zu leben. Dafür sei es Voraussetzung, die strittigen deutsch-polnischen Grenzregelungen zu überwinden und die Regelung des Staatsangehörigkeitsrechts der im Jahre 1945 aus der Tschechoslowakei vertriebenen Sudetendeutschen einvernehmlich zu erreichen. Das unter Androhung von Gewalt durch die Nationalsozialisten zustande gekommene Münchener Abkommen von 1938 betrachte die Bundesregierung als nicht mehr gültig.

Mit seiner Offerte an den Ostblock trug er der veränderten weltpolitischen Situation Rechnung, die insbesondere von den Vereinigten Staaten initiiert und forciert wurde. Erst wenige Wochen vor dem Amtsantritt des Bundeskanzlers, am 7. Oktober 1966, hatte Präsident Johnson in einer programmatischen Rede zur Europapolitik erklärt, ein großes Ziel des geeinten Westens bestehe darin, „den Schnitt durch Europa zu heilen, der heute den Bruder vom Bruder trennt ... Unsere Aufgabe ist es, eine Aussöhnung mit dem Osten zu erreichen – einen Übergang von der engen Konzeption der Koexistenz zu der großen Vision des friedlichen Engagements“¹⁹.

Deshalb stieß Kiesinger mit seinen neuen Ansätzen in der Ostpolitik bei der amerikanischen Führung auf breite Zustimmung, zumal er bei seinem Blick nach Westen die Festigung und Fortentwicklung der vielfachen freundschaftlichen Beziehungen mit den USA an die erste Stelle rückte und das NATO-Bündnis als lebenswichtig für Deutschland hervorhob. Dabei vergaß er nicht, selbstkritisch die von Sorgen, Nöten

19 Manfred Grötemaker, *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 2002, S. 186. Waldemar Besson, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik – Erfahrungen und Maßstäbe* – München 1970, S. 368.

und Anliegen in den letzten Jahren geprägte deutsche Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten zu erwähnen, der es entgangen sei, dass auch eine große, auf allen Kontinenten engagierte Macht wie die USA ihre Sorgen und Probleme habe. Vor diesem Hintergrund werde Deutschland überlegen, wie es Mitverantwortung an der Bewahrung des Weltfriedens übernehmen könne, versicherte der Regierungschef.

Die Bundesrepublik allein – wie jedes europäische Land – müsse sich jedoch eingestehen, dass die eigenen Kräfte begrenzt seien. Erst im Verbund der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas könne ein starker Beitrag zur Friedenssicherung und zur Wohlfahrt der Völker geleistet werden. Darum müsste die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einschließlich ihrer Institutionen konsequent ausgebaut werden, verbunden mit einer Erweiterung um die EFTA-Staaten einschließlich Großbritanniens. Fortschritte in der Integration dürften jedoch nicht auf Kosten des Verhältnisses zu Frankreich gehen; denn die entscheidende Rolle bei diesem Vorhaben spiele die deutsch-französischen Zusammenarbeit. Sie sei „Kristallisationspunkt“ einer Politik mit dem Ziel der europäischen Einigung. Vorschläge würden auf der Basis des Élysée-Vertrages vom 22. Januar 1963 in Kürze von der Bundesregierung erarbeitet. Das Schicksal beider Völker und Europas gebiete eine immer weitere Bereiche umfassende wirtschaftliche, technologische, kulturelle, militärische und politische Zusammenarbeit.²⁰

Frieden und Verständigung sah Kiesinger als Leitbilder bei der Wiedervereinigung des deutschen Volkes, um den in der Mitte Europas bestehenden Unruheherd der deutschen Teilung friedlich zu beseitigen. Hierzu, betonte er, wolle seine Regierung entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen. Soweit die Aufnahme von Kontakten zwischen den Behörden der Bundesrepublik und solchen „im anderen Teil Deutschlands“ zur Förderung der menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen notwendig sei, bedeute dies keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates. Die Bundesregierung betrachte sich als einzige deutsche Regierung, die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und daher berechtigt sei, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Aus diesem Grunde werde die Bundesregierung im Einvernehmen mit den Schutzmächten alles in ihrer Macht stehende tun, um die Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik zu bewahren.

Über den europäischen Rahmen blickte Kiesinger hinaus, als er die seit dem Ende des II. Weltkrieges entstandenen neuen Länder in Asien und Afrika erwähnte, denen er beim Aufbau ihres wirtschaftlichen und staatlichen Lebens (Entwicklungs-) Hilfe zusagte.

20 Geschichte der CDU, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung, Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966, S. 15, 16.

I. Kapitel Das Regierungsprogramm

Last, but not least, wandte er sich den für die Bundesrepublik so problematisch gewordenen Ländern des Nahen Ostens zu.²¹ Die von zehn arabischen Staaten abgebrochenen diplomatischen Beziehungen hoffte er alsbald wieder aufzunehmen, unbeschadet des Verhältnisses zu Israel.

Aus Gründen sowohl der Staatsräson als auch der Sicherheit galt es jedoch, zuvor die engen freundschaftlichen Verbindungen zu den Westmächten, allen voran Frankreich und die USA, wieder herzustellen, fortzusetzen sowie dem außenpolitischen Umfeld anzupassen.

21 Helmut Welge, ebd., S. 65 ff.

II. Kapitel

Neuordnung der Beziehungen

1. Standortbestimmung

Mit dem Regierungsantritt des Kabinetts Kiesinger begann kein völliger Neuanfang der deutschen Außenpolitik. Das war schon deshalb nicht möglich, weil die Bundesrepublik Deutschland bereits mehr als 17 Jahre seit ihrer Gründung außenpolitisch aktiv war. Ihr erster Bundeskanzler, Konrad Adenauer, hatte den jungen Staat ebenso stetig wie beharrlich im westeuropäischen Wirtschafts- und nordatlantischen Verteidigungssystem verankert. So konnte dessen Nachfolger Ludwig Erhard in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 sichtbar stolz feststellen, „die Bundesrepublik hat im westlichen Bündnissystem Sicherheit sowie einen geachteten Platz im Kreise der freien Völker gefunden“. Sichtbarer Ausdruck waren die vielfältigen engen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Beziehungen zu den Staaten Westeuropas, den Vereinigten Staaten von Amerika als erster Schutzmacht sowie der deutsch-französische Zweibund, gipfelnd im Freundschaftsvertrag (Élysée-Vertrag) von 1963. Darüber hinaus hatten sich im Laufe der Jahre zu den sogenannten „Blockfreien“ Staaten der Welt intensive diplomatische, wirtschaftliche, vereinzelt auch militärische Beziehungen entwickelt.

Ab Anfang der 1960er Jahre gewann die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik an (teils noch junge) Länder Afrikas, westlich orientierte Staaten Südostasiens und Lateinamerikas eine zunehmende Bedeutung. Als „Gegenleistung“ erwartete die Bundesregierung den Ausbau der beidseitigen Wirtschaftsbeziehungen sowie politisch die Unterstützung der bundesrepublikanischen Vorstellungen zur Wiedervereinigung – welche seit Jahren vom gesamten „Ostblock“ vehement, sogar militärisch aggressiv drohend von der Sowjetunion – in brüskierender Weise abgelehnt wurden.

Gleichwohl war die wechselseitige staatsrechtliche Anerkennung Bundesrepublik/ UdSSR schon im Jahre 1955 durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach Bundeskanzler Adenauers Besuch in Moskau vollzogen worden. Abgesehen von einigen unbedeutenderen kulturellen und wirtschaftlichen Abkommen, blieb jedoch die erwartete politische Annäherung aus. – Mit den osteuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion bestanden keine diplomatischen Beziehungen.

Selbst der Machtwechsel im Kreml 1965 vom unversöhnlichen, choleralischen Chruschtschow auf – wie man glaubte – ein konziliantes Führungspersonal Breschnew/ Kossygin, enttäuschte die deutschen Hoffnungen auf eine Normalisierung des deutsch-

II. Kapitel Neuordnung der Beziehungen

sowjetischen Verhältnisses. Hauptstreitpunkte bildeten nach wie vor die Lösung der „Deutschen Frage“ über freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands, der bundesrepublikanische Alleinvertretungsanspruch, die Nichtanerkennung Ostdeutschlands (DDR) als zweiter deutscher Staat sowie die sowjetische Weigerung auf Einbeziehung West-Berlins als Teil des Bundesgebiets in entsprechende Verträge und Abkommen.

Obwohl weltweit seit dem Amtsantritt Präsident Kennedys in den USA, trotz des Mauerbaues 1961 in Berlin und der Kubakrise 1962, die Zeichen auf Entspannung zwischen Ost und West standen, blieb die deutsche Außenpolitik in den Denkmustern des Kalten Krieges der 1950er Jahre verfangen. Das führte neben ungeklärten Devisenausgleichszahlungen an die USA und Großbritannien zu Unstimmigkeiten im deutsch-amerikanischen, aber auch deutsch-französischen Verhältnis. Bundeskanzler Ludwig Erhard und sein Außenminister Gerhard Schröder – beide CDU – vermochten diese nicht zu überwinden.

Erst gegen Ende von Erhards Kanzlerschaft verfasste der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Carl Carstens, zwei Aufzeichnungen²², welche auch die Regierungserklärung Kiesingers beeinflussten. Carstens warnte darin besonders vor der Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik wegen ihrer Deutschland-Politik und mahnte deren Modifikation an. Er plädierte dafür, sich in vertretbaren Grenzen an der allgemeinen westlichen Entspannungspolitik zu beteiligen, zu versuchen, diese für die Wiedervereinigung nutzbar zu machen²³ sowie durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, verbunden mit dem Austausch von Gewaltverzichtserklärungen diesem Ziele langfristig näher zu kommen. Dabei sollten nach Auffassung des Staatssekretärs die relativ unbelasteten französischen Verbindungen nach Osteuropa von Nutzen sein. Nicht nur aus diesem Grund, sondern auch zur Festigung und Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), müsse eine neue deutsche Regierung das Verhältnis zu Frankreich wieder enger knüpfen, empfahl Carstens.²⁴

Bundeskanzler Kiesinger berücksichtigte in seiner Regierungserklärung sowohl diese Argumente als auch die außenpolitischen Forderungen des Koalitionspartners SPD aus deren Acht Punkte Programm vom 8. November 1966, gerichtet auf Entspannung, Verzicht der Verfügungsgewalt über Atomwaffen, Normalisierung des Verhältnisses zum „Ostblock“ sowie Erweiterung des innerdeutschen Handlungsspielraumes gegenüber den Ost-Berliner Machthabern.

22 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1966, Dok. 333, S. 1374, Dok. 367, S. 1514, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1997.

23 Daniela Taschler, Vor neuen Herausforderungen, Düsseldorf 2001, S. 77.

24 AAPD, 1966, Dok. 367, S. 1514, 1515.